

KURZ UND PRÄGNANT

Politische Unterstützung für Tarif-Kampf

Der Streik bei der Autogrill Deutschland GmbH geht nach Angaben der Gewerkschaft NGG unvermindert weiter. Für die Beschäftigten an den Raststätten Hörselgau und Eisenach war der 19. Mai der 16. Streiktag. Die Gewerkschaft NGG forderte, dass erstmalig Tarifverträge für die Beschäftigten der Autogrill in Thüringen und Bayern verhandelt werden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen haben sich im April rund 98 Prozent der NGG-Mitglieder für den Streik ausgesprochen.

Bei den Streikenden an der Raststätte Eisenach waren LINKE-Politiker Gregor Gysi und Bodo Ramelow. „Die Kolleginnen und Kollegen haben meine volle Solidarität, damit sie endlich einen Tarifvertrag und nach über zehn Jahren auch mal eine Lohnerhöhung bekommen“, hatte der Vorsitzende der Linksfraktion in Thüringen betont und erklärt: „Diese Lohnerhöhung haben sie mehr als verdient!“ Die Gewerkschaft NGG freute sich über den Besuch am 19. Mai, „zeigt es doch, dass der Kampf für einen Tarifvertrag auch politische Unterstützung erhält.“ ■

Kultur muss (mit Plan) gefördert werden

Auf Konferenz in Apfelstädt gemeinsam an einem Thüringer Kulturfördergesetz arbeiten

Zu einer Kulturkonferenz laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. am 19. und 20. Juni ein.

Kultur leistet einen erheblichen Beitrag für uns alle: Sie ist das Fundament einer demokratischen Gesellschaft, fördert Toleranz, schafft Selbstvertrauen und ermöglicht die Kommunikation mit allen Menschen um uns herum.

Dem Rechtfertigungszwang, dem viele kulturelle Projekte und Initiativen unterliegen, muss durch ein öffentliches Bekenntnis seitens der Politik endlich ein Ende bereitet werden. Auch muss gewährleistet sein, dass allen Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht sowie sozialer und kultureller Herkunft die Teilhabe an Kultur ermöglicht werden kann.

Im Zuge der demografischen Veränderungen und der Entwicklung der öffentlichen Kassen brauchen Kulturakteure und Kultureinrichtungen dringende Planungssicherheit. Aus diesem Grund fordert die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag seit vielen Jahren ein Kulturfördergesetz für Thüringen,

das Kultur als Pflichtaufgabe fest schreibt und Förderinstrumente für alle kulturellen Sparten und Bereiche auf Nachhaltigkeit ausrichten kann. „Ein solches Gesetz kann allerdings nicht am grünen Tisch entstehen. Es bedarf der Mitarbeit der Kulturakteure und auch der Kommunen“, so die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Birgit Klaubert. „Deshalb möchten auf dieser Konferenz am 19. und 20. Juni in Apfelstädt (bei Erfurt) auch mit Kulturschaffenden, Politikerinnen und Politikern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen und gemeinsam Anforderungen an ein Kulturfördergesetz für Thüringen erarbeiten.“

Die zweitägige Konferenz bietet dabei viele Möglichkeiten zur Diskussion und Teilhabe und eröffnet verschiedene Blickwinkel. So konnten neben Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus anderen Bundesländern auch Hilde Rektorscheck, die Begründerin der Kulturloge e.V., und Prof. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität Weimar gewonnen werden.

In drei thematischen Workshops kann dann aus unterschiedlichen

Sichtweisen der Kulturförderung diskutiert werden. So gestaltet das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. den Workshop „Kultur als Pflichtaufgabe: Fluch oder Segen für die Kommunen?“. Darüber hinaus werden kulturelle Potenziale im ländlichen Raum und auch das Verhältnis von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen und der freien Szene diskutiert.

„Richtig gut ist, dass wir auch aus bundespolitischer Sicht diskutieren können“, freut sich Birgit Klaubert. „Mit unserer Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach und der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz können wir allen Interessierten einen wirklich breitgefächerten Blick auf die Thematik anbieten.“ Sie hoffe demnach auch „auf wirklich belastbare Arbeitsergebnisse“.

Das Programm der Kulturkonferenz sowie der erforderliche Rückmeldebogen können direkt bei der zuständigen Mitarbeiterin Katja Mitteldorf unter mitteldorf@die-linke-thl.de angefordert werden. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um eine Rückmeldung bis spätestens 4. Juni 2014 gebeten. ■

Keine Strafverfolgung für Zivilcourage

Das Urteil des Amtsgerichts Lüneburg, wo es jetzt am 14. Mai erneut um den Aufruf „Castor schottern“ ging, brachte aus Sicht der Linksfraktion im Thüringer Landtag leider keine Überraschung. Nachdem das Amtsgericht im Mai vergangenen Jahres den Thüringer LINKE-Abgeordneten Frank Kuschel von den Vorwürfen frei gesprochen hatte, hob das Oberlandesgericht Celle (Niedersachsen) diesen Freispruch auf und verwies die Angelegenheit zurück an das Amtsgericht Lüneburg. Ohne Beweise, nur auf Grundlage von Indizien, erfolgte jetzt das Urteil auf Geldstrafe. Frank Kuschel wird nun in Berufung gehen.

Der Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, hatte im Verfahren auch deutlich gemacht, dass ein Abgeordneter für Äußerungen außerhalb des Parlaments nicht strafbar gemacht werden dürfe. Schließlich ist das in der Thüringer Verfassung durch die Grundsätze der Immunität und Indemnität eindeutig geregelt. „Offenkundig haben Gerichte immer noch Schwierigkeiten, Immunität und Indemnität verfassungsrechtlich einzuordnen“, erklärte dazu Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. Er verwies darauf, dass Frank Kuschel eine Straftat immer bestritten hatte. „Es bleibt die Ignoranz, dass ein niedersächsisches Oberlandesgericht die Thüringer Verfassung nicht zur

Kenntnis nehmen will“, so Bodo Ramelow. Zudem komme „das Urteil zur Unzeit, wenn gleichzeitig Stromkonzerne Atomkraftwerke abstoßen wollen und die Altlasten den Steuerzahlern aufdrücken wollen.“

AKW-Betreiber wollen sich aus der Verantwortung stehlen

„Dass sich die AKW-Betreiber nun aus der atomaren Verantwortung stellen wollen und gleichzeitig die Bergung der radioaktiven Abfälle aus dem Atom Müll-Lager Asse immer noch nicht stattgefunden hat, macht die fatale Fehlentwicklung deutlich“, protestierte Bodo Ramelow angesichts von Meldungen, wonach die drei großen Energiekonzerne E.ON, RWE und EnBW ihr gesamtes deutsches Atomgeschäft an den Bund übertragen wollen und alle Atomkraftwerke in eine öffentlich-rechtliche Stiftung übergehen sollen. Vor diesem Hintergrund seien die Verfahren gegen diejenigen, die gegen den atomaren Wahnsinn sind, eine Farce.

DIE LINKE werde alle, die mit Verfahren überzogen werden, begleiten und unterstützen. „Das Recht auf freie Meinungsäußerung darf nicht kriminalisiert werden! Dasselbe gilt auch für jene, die in Dresden bei Naziaufmärschen Gesicht gegen braunen Ungeist zeigen und dafür mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen überzogen werden“, so Bodo Ramelow. ■

Verwirrung um Trinkaus

Im Fall des ehemaligen NPD-Funktionärs und Ex-Spitzels des Landesamtes für Verfassungsschutz, Kai-Uwe Trinkaus, haben Meldungen über eine frühere Zugehörigkeit zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR für erhebliche Verwirrung gesorgt. Der Untersuchungsausschuss 5/2 des Thüringer Landtags arbeitet die Umtriebe von Trinkaus zur Unterwanderung und Diskreditierung demokratischer Parteien und Organisationen und die Rolle des Verfassungsschutzes auf.

In seiner Vernehmung im Januar hatte Trinkaus auf ein Studium an der Offiziershochschule der NVA in Zittau verwiesen. Der Ausschuss hatte sich auf Initiative der Linksfraktion wegen erkennbarer Unregelmäßigkeiten in der Berufsbiographie von Trinkaus daraufhin an das Bundesarchiv gewandt. Trinkaus war nach seiner Ausbildung zum Berufsoffizier aus dem Militärdienst ausgeschieden und in die Stadtverwaltung Erfurt gewechselt, in einen offensichtlich sicherheitssensiblen Bereich.

Das Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg Unterlagen machte den Ausschuss dann im Mai auf ein „Nachweisdokument“ der Offiziershochschule über die Ergebnisse ihrer Absolventen aufmerksam, bei dem aus dem Feld Bemerkungen hervorgehe, „dass Trinkaus Offizierschüler des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen ist“. Die Sensation war da. Sie wurde durch die mehrfache Auskunft des Bundesbeauf-

tragten für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit verstärkt, wonach man zu Trinkaus über keine einschlägigen Unterlagen verfüge.

Einige Tage später kam vom Bundesarchiv/Militärarchiv dann ein „Kommando zurück!“. Das Amt, eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich der Kulturstaatsministerin im Bundeskanzleramt, teilte dem Ausschuss mit, eine nochmalige Überprüfung des Archivgutes habe ergeben, dass aus dem „Nachweisdokument“ doch nicht hervorgehe, Trinkaus sei Angehöriger der DDR-Staatssicherheit gewesen. Die zuständige Sachbearbeiterin des Archivs habe sich bedauerlicherweise in der Zeile geirrt...

Bodo Ramelow, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss 5/2, erneuert unterdessen seine Kritik am Landesamt für Verfassungsschutz, das nach Gesetzeslage „einen studierten NVA-Offizier gar nicht hätte als V-Mann anwerben dürfen“. Die Verwendung von Trinkaus bei den bewaffneten Organen der DDR hätte durch den Inlandsgeheimdienst intensiver überprüfen werden müssen, so Ramelow. Der Untersuchungsausschuss hat inzwischen das Bundesarchiv/Militärarchiv mit der Bitte angesprochen, das NVA-„Nachweisdokument“ vorzulegen, um eine unmittelbare Beweiserhebung vornehmen zu können. Auch die Behörde des Bundesbeauftragten hat der Ausschuss nochmals kontaktiert. *Stefan Wogawa* ■